

Arbeiterkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelnummer 10 Pfennig. Bezugspreis pro Quartal 30 Pfennig, pro Semester 60 Pfennig, pro Jahr 120 Pfennig. Durch die Post 1800 Pfennig. ohne Zustell-Gebühr. Druck u. Verlag: Verlags-Gesellschaft, P. O. Box 100, Halle-Merseburg, 48/49. Halle, Vertriebsstelle: 14. Februar 1923. 1047, 2251. Schriftleitung: Sonntag 12-1 u. 4-6 Uhr.

Der Bezugspreis beträgt 85 Pfennig für den 1000 Pfennig hohen und Spalte 500 Pfennig für Restante, anfalls an den entsprechenden Lesertitel. Ausgaben des vormittags 1 Uhr erheben. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Vertriebskonto: Leipzig 1008 48, Fritz Strub, Halle.

Einzelpreis 80 Mark

Montag, den 26. Februar 1923

3. Jahrgang, Nr. 48

Gegen den Agrarwucher!

(Eigener Bericht)

Der Landtag erledigte in seiner Sitzung am Sonnabend zunächst kleinere Vorlagen. Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über eine Gerichtsgemeinschaft zwischen Preußen und Württemberg stellte Genosse Meyer die württembergische Klagenliste an den Pranger. Er verwies auf die Verteilung von Realsteuern der Süddeutschen Arbeiterzeitung zu 6 und 4 1/2 Monaten Gefängnis, weil sie zum Kampf gegen die Orgel aufgerufen hatten. Die württembergische Justiz unterließ sich die süddeutschen Verbände der Kontroverze.

Dann wurde die Debatte über den Landwirtschaftsetat fortgesetzt. Alle Redner, einschließlich der Sozialdemokraten, begannen aber schloßen ihre Ausführungen wiederum mit nationalitätstypischen Phrasen zum Ausklang.

Genosse Allan

Wies in seiner Rede diese nationalitätstypischen Klaffen herunter und zeigte, wie hinter ihnen die Kapitalisten, allen voran die Agrarier, das arbeitende Volk ausplündern. Tatsache sei, daß es einem Teil der Kleinbauern ebenso schlecht gehe wie den Arbeitern, da sie ebenfalls unter den Würgungen der kapitalistischen Ausbeutung ständen. Vieles würden sie zur Umlage über ihre Leistungen hinaus herangezogen, weil die Großagrarien in den Preisregulierungskommissionen herrschten und sich von der Umlage befreiten. Den Großagrarien aber ginge es gut, daß sie ihre Reichtümer gar nicht mehr unterbringen müßten. Wenn in der „Deutschen Tageszeitung“ ein 1000 Morgen großes Gut gegen Anzahlung von 45 Millionen Mark zu kaufen gefordert wurde, wenn in Halle eine Gutsherrin bei Fortsetzung des Pachtvertrages für die beiden letzten Jahre je 25 Millionen auf die Pachtsumme von 64.000 Mark nachzuschaffen sich erbot, wenn im Kreise Sangerhausen ein früherer Landwirt, der bei Eigenbewirtschaftung stets nahe an der Pleite war, jetzt bei Verpachtung seiner Landereien eine jährliche Einnahme von etwa 3 Millionen habe, beweise das die glänzende Lage der Landwirtschaft. Sie würde mit dem zunehmenden Notstand im arbeitenden Volk immer besser. Da im Reich je eine weitere Erhöhung des Umlagebeitrages auf 600.000 Mark die Löhne durchgesetzt worden sei, da der Weizen, Getreide und Kartoffelwucher immer schrankenloser sich ausbreiten könnte, bedeute das weitere Verelendung, zunehmende Verelendung der Gesundheit, Steigerung der Hungertodesfälle in den notleidenden Schichten. (Sehr wahr! Ams.) Unverantwortlich sei die Haltung der Sozialdemokratie, die im vorigen Jahre im „Vorwärts“ gegen die Erhöhung des Umlagebeitrages gewettert hätte, heute aber vor dem arbeitslosen Volk bedingungslos die Engel freisetze. Das durch sie im Reichsausgleich gemachte Angebot von 500.000 Mark Löhnenpreis für das Umlagegetreide sei unverantwortlich, ein Schlag ins Gesicht der hungernden Volksmassen. (Sehr richtig! B. d. Komm.) Wenn der Zentrumskreis von Bapen erklärt habe, daß die Landwirte nicht überzeit des Meeres über die Partei stelle, aber hinsichtlich der richtigen Bedingungen stellen, beweise das die Unverantwortlichkeit des agrarischen Wanders, über den sich nur kurzum im Hauptausgleich namens der Zentrumsarbeiter der Abg. Weginger äußerte. Man solle mit den Worten: „Man erkenne an dem zunehmenden Wucher, daß die Agrarwirtschaft nicht zu früh aufgehoben worden ist.“ (Hör, hört! B. d. Komm.) Den von Landwirten gemachten Vorschlägen, die in ihrer großen Zahl das höchste Fundament zur Sicherung der Volksernährung bildeten, von deren Arbeitslohn in der Zukunft alles abhängt, hätte kein Redner, auch nicht der Sozialdemokrat, mit einem Wort gesprochen. Ihre Lage sei traurig. Selbst im Weinbau würden noch Entschädigungen von 17 bis 80 Mark gefordert. Die Koalitionsparteien könnten sie auch gar nichts für die Landarbeiter übrig haben. Ihre Regierung halte doch Schupo und Lenso bereit, um die Landarbeiters treis niederzulagern und den agrarischen Ausbeutern überzulassen. Der rechtsparlamentarische Antrag, die Landarbeiters beim Verkauf der Produkte von der Umfassener zu befreien sei schäblichster Betrug auf die Not der Landarbeiter, die oft infolge des geringen Lohnes bei notwendigem größeren Anschaffungen von ihrem Deputat leihen verkaufen mußten, daß sie selber hungern müßten. (Sehr richtig! B. d. Komm.)

Am Schluß begründete Genosse Allan die von der kommunistischen Fraktion gestellten Forderungen auf ein unabhängiges Gericht über die Kontrolle der Landarbeiters, Sozialisierung der Kohlen, Stiefgüter, landwirtschaftlichen Maschinenindustrie und der Elektrizitätsversorgung, genossenschaftlichen Zulammenfluß der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, Ausbau der Hochwasserregulierung unter Mitwirkung der Kleinpächterorganisationen, Neuordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiters unter Festlegung des Achtstundentages, sowie Lenkung der landwirtschaftlichen Betriebe durch die Orgel und Technische Stille.

Vor der Beratung beantragte Genosse Schulz, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die kommunistischen Forderungen zur Lösung der Notlage der breiten Massen und zum Verzicht des Untersuchungsgerichtes über die mittelständlichen Anruher zu setzen. Wieder wurden keine Anträge abgelehnt, diesmal mit dem Stimmen der SPD.

Vor Beginn der Sitzung hatte Heilmann eine Erklärung abgegeben, daß er kürzlich, um der SPD, etwas anzubringen, ein Zitat aus einer Broschüre des von der SPD, ausgeschlossenen Klein-

berg falsch wiedergegeben habe. Dieses Mißverständnis nagelte namens der kommunistischen Fraktion nach Schluß der Tagesordnung Genosse Meyer in einer Erklärung fest. Montag: Fortsetzung der Landwirtschaftsdebatte.

Wucherfreiheit für Zucker!

Vor der Aufhebung der Zuckereinkauf

Der Ausschuß für landwirtschaftliche Ernährung des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich mit der Zuckereinkauf. Die Unternehmer verlangen die Aufhebung der Zuckereinkauf und freie Zuckereinkauf 1923/24. Die Vertreter der Arbeiterbewegung und Verbraucher weisen darauf hin, daß die Zuckereinkauf sich auf die Weltmarktpreise angeschlossen hätten und daß gerade im letzten Wirtschaftsjahr infolge des großen Profits der Zucker an die vertriebenen Industrien verkauft wurde, während für die Bevölkerung kein Zuckervorrat vorhanden war. Mit 14 gegen 2 Stimmen wurde aber eine Resolution angenommen, in welcher von der Regierung eine sofortige Erklärung über ihre Absichten im Wirtschaftsjahr 1923/24 und die Aufhebung der Zuckereinkauf verlangt wurde. Die Forderung nach uneingeschränkter Wucherfreiheit ist auch ein Beitrag zu nationalen Einheitsfront.

So sieht der Preisabbau aus

Unaufrichtig sind Berörungen und Anrufe zum Preisabbau herausgegeben. Wie es in Wirklichkeit aussieht, das zeigt der Großhandelsindex der Industrie- und Handelszeitung für die vergangene Woche. Während allein in der Woche vom 27. Januar bis 2. Februar das Großhandelspreisniveau um 18 Prozent gestiegen ist, sank es trotz der 90 bis 100prozentigen Besserung des Marktwertes in der vorletzten Woche nur um 6,9, in der eben vergangenen Woche um 5,7 Prozent. In der vergangenen Woche ist aber der Dollar um 11,6 Prozent durchsichtlich zurückgegangen. Während der Erwartungsstator der Welt, gemessen am Dollarkurs in Berlin, 502,8 betrug, sind die Großhandelspreise durchsichtlich auf das 650-fache gestiegen, Textilen durchsichtlich nicht weniger als auf das 907-fache, Kohle, Eisen usw. auf das 867-fache.

Angeheure Viehzügerei in Südamerika

Der Widerspruch des Kapitalismus

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die sich auf der maßlosen Gucht nach Profit gründet, gebiert die furchtbarsten Widersprüche. Während in Europa Millionen ansehnlich verhungern, verkauft in amerikanischen Ländern das Vieh zu hohen Preisen und gibt Haupt nichts mehr geachtet wird und daß man die jungen Kälber tötet, um die Überflüsse zu vernichten. Von dieser Krisis in der argentinischen Viehzucht berichtet Leonard Motters in einem Brief aus Buenos Aires, den die „A.N.Z.“ mitteilt. „Die Finanziers, die Viehzüchter, die sonst die reichste und einflussreichste Berufsgruppe in Argentinien sind, machen eine böse Zeit durch. Der Wert des Rindviehs ist so tief gesunken, wie noch nie in der Geschichte der Südamerikanischen Viehzucht, und die Herden, die durch treffliche Zucht nur noch aus Mutterexemplaren bestehen haben sich so vermehrt, daß niemand mehr etwas zahlen will. Stiere werden zu Preisen verkauft, die höchstens noch ein Drittel des Preises von 1920 betragen, und Kühe und Kälber sind überhaup kaum noch veräußert. In den letzten Wochen wurden Kühe zum Preise von 6 Schilling das Stück losgeschlagen, und bei einer öffentlichen Versteigerung konnte der Auktionator die Tiere einzeln überhaup nicht mehr los werden, sondern verkaufte sie herdenweise, wobei für eine ganze Herde weniger als 2 Pfund 2 Sterling geboten wurden. Bei solchen Preisen kann der Viehzüchter natürlich nichts verdienen und gerät in Bergeweisung. Auf seine letzten Klagen kann ihm nichts weiter beantwortet werden, als daß das unausweichliche Gesetz von Angebot und Nachfrage walte, daß es nie zu viel Rindvieh in Argentinien gibt und daß die verarmten Europäer diese Ware nicht mehr kaufen können. Vor 50 Jahren und mehr, als Argentinien nicht mehr als das Rindvieh, das es erzeugte, verkaufen konnte, als die Herden ungeheuer zunahmen und das Land in Viehbraten von ihnen aufgefressen wurde, und das Land in Viehbraten zu Lande in ihren Händen getötet. Etwas ähnliches geschieht jetzt wieder in Argentinien. Ich sprach neulich mit einem Viehzüchter, der mir erzählte, daß ihm und seinen Genossen nichts anderes übrig bliebe, als Teile ihrer Herden abzuschlachten und die weitere Zukunft einzustellen, bis die Nachfrage wieder das Angebot übersteige. „Auf einer Etappe in der Nähe von mir“, sagte er, „hat der Verwalter Befehl erhalten, alle jungen Tiere zu töten, und jeden Morgen reitet er durch die Herden und erschießt die Kälber, die in der Nacht geboren wurden.“ Das ist für die Lage beschämend.

Mietereis in Berlin. Eine von 6000 Mietern beschickte Petition an den Reichstag besah nach teilweise recht fürnehmlich Verkauf der Mietereis auf 1. März.

Dollar heute vormittag 22600 Mark

Paris wählt den Revolutionär Marty gegen Poincaré-la-Ruhr!

Von Jacques Saboué (Paris)

In Frankreich zeigt die kommunistische Agitation jeden Tag neue und glänzendere Erfolge.

Am 3. Januar 1923 versicherten die Genossen Cachin und Monmoussin, Gernand und Treint, die heute sämtlich im Gefängnis schmachten, in einer impopulären Volkserklärung in Paris öffentlich der Genossen Rolf Wolfstein, die dort als Vertreter der deutschen Arbeiterpartei erschienen war, daß unter revolutionären Organisationen durch diesen Klassenkampfer den vom französischen Imperialismus mit voller Verbeugung geplanten Überfall auf das Ruhrgebiet zu hemmen und zu hindern müssen würden.

Daraufhin brachen die Reformisten aller Schattierungen in ein schallendes Gelächter aus. Sie verhöhnten die Kommunisten als Schmeißer und Großsprecher. Sie prophezeiten im voraus den Zusammenbruch unserer Arbeit. Und um ganz sicher zu sein, begannen sie alsbald eine wütende Sabotagekampagne gegen die revolutionäre Tätigkeit unserer Genossen. Sie griffen zur Lüge und Verleumdung und verbandigten sich gleichzeitig mehr oder minder heuchlerisch mit der Bourgeoisie.

Aber trotz des Betrugs der reformistischen sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führer, halten die Kommunisten die Partei und die Unitarische Allgemeine Arbeitsfondoration glänzend und heldenhaft ihre Versprechungen.

Die Energie, mit der sie in enger Zusammenarbeit mit den deutschen Organisationen den proletarischen Widerkampf vorbereiteten, ließ Herrn Poincaré sehr rasch erkennen — er ist in dieser Hinsicht bei weitem hellsehender als der Reformisten —, daß es ihm wäre, vor der Einleitung seines Kampfes auf der Ruhr gegen das deutsche Volk zunächst in Frankreich über die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse den Sieg davonzutragen.

Und so ließ denn Poincaré-la-Ruhr am 10. Januar einen Einbruch in die Räume der „Humanité“ und der CGTU, ausführen und zugleich die populärsten Führer des französischen Kommunismus unter der Aufsicht des Hochverrats in das Gefängnis werfen.

Nachdem er auf diese Weise seine Etappe gesichert, rückte er dann am nächsten Tage, am 11. Januar, wohlgemut und stolz in das Ruhrgebiet vor. Die gleich ihm durch ihren Haß und ihre Verachtung gegen das Proletariat verblendete französische Bourgeoisie hoffte, die Arbeiterklasse terrorisieren zu können, indem sie sie erhaupete. Auf ihren Befehl hin verstärkte Poincaré seine Unterdrückungspolitik. Dadurch wurde, ganz wie wir vorausgesehen haben, der Klassencharakter des Gemetzelns vollends offenkundig. Die vernünftigen Leute und sogar die Kleinbürger selbst begriffen immer deutlicher, daß der Kampf um das Ruhrgebiet in seiner Weise ein nationaler Verteidigungskrieg ist, sondern vielmehr nur ein Raubzug, ein gewaltsames Ringen zwischen Herrn Poincaré, dem Agenten von Vauchoir und Schneider, mit Herrn Cuno, dem Agenten von Stinnes und Thyssen.

Trotz der furchtbaren partiellistischen Heftkampagne der großen Presse, die durch godene Ketten an die Regierung gefesselt ist, von den Reformisten wieder unterstiftet wird, hat eine fünfjährige Agitation hingewirkt, um die breiten Arbeitermassen zur Anerkennung der Richtigkeit des kommunistischen Standpunktes zu bringen. Das ist ein geradezu wunderbares Ergebnis.

Und täglich befehlen neue Tatsachen und Ereignisse immer deutlicher diese außerordentliche Umwälzung der öffentlichen Meinung in Frankreich.

Die zwei jüngsten und beschämendsten Ereignisse dieser Art sind zweifellos der Streik der französischen Kohlenfläcker und die Doppelwahl des Genossen Marty in Paris.

Wir wissen, daß die Androhung dieses Streiks die Regierung in größte Verwirrung versetzt hat. Sie denunziert die Streikenden als Vaterlandsverräter, weil sie im Kriege den Burgfrieden gebrochen hätten. Selbstverständlich haben die reformistischen Führer wieder eine Einheitsfront mit der Bourgeoisie. Sie verleumden die „Streikanten“. Sie intrigieren mit den Unternehmern und verraten erneut die Arbeiterklasse.

Der Bergarbeitersstreik ist in der Tat fast ganz in der Hand der alten CGU geblieben. Nur eine schwache Minderheit der Bergarbeiter hat sich um die Fahne der CGTU gefaltet. Und wenn man weiß, bis zu welchem Grade der Bergarbeiter vom Reformismus der Führer, die selbst jezt Jahren vor dem Internementum platt auf dem Bauche liegen, angefressen sind, so muß man es geradezu bewundern, daß trotzdem über Hunderttausend Bergarbeiter diesmal über den Kopf ihrer Führer hinweg dem Rufe des revolutionären Bergarbeitersverbandes gefolgt sind.

Wir wiederholen: Dieses Ergebnis ist an und für sich schon bewundernswürdig und großartig.

Die kluge Offenheit unserer Freunde entzieht aber die französischen Bergarbeiter auch zugleich noch ihrer altgewohnten Passivität. Sie retten sie vor den reformistischen Illusionen. Sie entfremden sie der alten CGU. Sie fähren sie zum Klassenkampf zurück. Sie impft ihnen die Freude am Kampfe und Kampfesfreude ein. Sie wird

* Als Poincaré im Herbst 1921 zur Regierung gelangte, gab ihm die kommunistische Presse Frankreichs den Namen Poincaré-la-Ruhr (zu deutsch etwa: Kriegs-Poincaré). Nach Einbruch in das Ruhrgebiet bekam Poincaré den Namen Poincaré-la-Ruhr, zu deutsch: Ruhr-Poincaré, der Abenteuer im Ruhrgebiet. D. Red.

Heraus zum Arbeiterschutz!

Severing auf dem Kriegspfad gegen die Faschisten

Wie die parlamentarisch-politischen Nachrichten melden, hat gestern Severing für die Faschisten einen Kriegspfad eingeschlagen und ihnen im Hinblick auf Gerichte (11), die in letzter Zeit eingetauscht sind, sowie auf etwaige (1) unzureichende Bestrebungen gewisser Kreise (12) die „bestimmte“ Weisung erteilt, „im ganzen preussischen Staatsgebiet jeden Versuch einer Bildung von Organisationen oder Organisationen, von welcher Seite und zu welchem Zwecke er auch unternommen werden möge, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten.“

Nun macht sich also Severing aus Wert — die faschistischen Verbände zu vernichten? Nein, die haben ja „vertragsmäßige“ Existenzrecht bis zum 31. März (obwohl sie seit einem Jahr „verboden“ und aufgelöst sind) und Herz Seert wird sie auch weiter zu schützen wissen. Wir sagen bestimmt voraus, daß Severings Oberpräsidenten jetzt gegen die antifašistischen Abwehrformationen der Arbeiterschaft vorgehen werden. Die Arbeiterschaft wird sich dadurch in ihrer Abwehrorganisation nicht lösen lassen.

Selbstschutz!

Aus Bayern wird uns geschrieben: „Waher konnte man glauben, daß in Deutschland nur die Organe des Monopols der Sozialdemokratie, die den Faschisten ein unmögliches anders zu werden. Die Arbeiter besitzen sich, besonders in Süddeutschland, wo Hitler mit seinen Verbänden auftritt.“

Kein Wunder, die Nationalsozialisten zeigen uns, wie man es machen muß. Sozialdemokratische Wehrmaßnahmen in München. Der einzelne Mann wird vernichtet und hinausgeworfen. Er bezieht sich auf eine Wehrmaßnahme der Nationalsozialisten, wo zwei Hunderttausend zusammen sind. Hitler bittet sofort ab. Auf sein Kommando treten die 200 Mann an. Lautstärklich, warlich, marsch geht es zum Platz der Sozialdemokraten. Ein Pfiff — und halt. Ein weiterer Pfiff, die erste Wehrmaßnahme ist fertig. Wir sind wieder auf die Arbeiter und es behauptet keine drei Minuten, da steigt auch Arbeiter wieder verwundet am Boden. Man muß den Straßen und Wiederbelebungsanstalten anstellen. Nun ein dritter Pfiff von Hitler, die erste Hundertschaft hört im Augenblick auf, tritt an und geht. Die zweite Hundertschaft steht still, unbeweglich.

Der Krieg im Westen

Vorwärt unter dem Belagerungszustand

Nach bürgerlichen Berichten wurde am 22. Februar in Vohden ein deutsches Mädchen von französischen Soldaten mit dem Gewehrstoß zur Seite gelassen. Besagten gegen ihrer Entzifferung Ausbruch und die Soldaten gaben daraufhin Schüsse ab, die einen Arbeiter töteten und zwei weitere Verletzten. (Eigene Nachrichten konnten von uns noch nicht erlangt werden infolge Störung der Verbindungen.)

Daraufhin wurde der Belagerungszustand verkündet. Am 23. Februar wurde unter anderen militärischen Gemahlheiten der Oberbürgermeister mit den Stadträten und Stadtratsmitgliedern in offener Sitzung verhaftet und am 24. Februar mit wenigen Ausnahmen wieder freigelassen.

Als Beweis gegen diese Verhaftungen haben die Gewerkschaften am 24. Februar einen Protestbrief von drei Stunden (von 2 Uhr bis 5 Uhr nachmittags) durchgeschickt.

Am 24. Februar wurde nach einer WZB-Weisung die Vohdenner Stadtverwaltung von französischen Truppen durchsucht, alles wertvollen Materials heraus und die Einrichtung demoliert.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit

Verzeihm (Mittelrhein), 23. Februar.

In dem heiligen Braunkohlrevier ist infolge des Stillstandes der Eisenbahnen eine große Zahl Bergarbeiter arbeitslos. Vor einigen Tagen kamen die Arbeiter zusammen und jagten vor das Kohlenamt, um ihre Forderungen auf Arbeitslosenunterstützung in voller Höhe zu erheben. Es gelang ihnen auch, wenigstens die Bezahlung von zwei Dritteln des Lohnes durchzusetzen. 17 Millionen Mark wurden sofort an die Arbeiter ausgezahlt.

Der proletarische Abwehrkampf an der Ruhr

Wie bereits kurz gemeldet, fand in Mähle in an der Ruhr eine große Demonstration der Arbeiter aus dem Schines- und Zingelischen Güterwerten statt. Aufhängen- und Zingelischen, einen unserer Genossen von der Rednertribüne herunterzuholen; sie wurden aber vertrieben. Franzosen verließen ebenfalls, die Verammlung zu verlassen. Trotzdem konnte G e t a h l (Eisen) von der Arbeitergruppe vor mindestens 2000 Arbeitern die Forderungen des Arbeiterkampfes erläutern. Die Kampfpläne gegen dann die Arbeiter in einem Demonstrationszuge durch Mähle wieder zum Rathaus. Mähleverlei hatten sich auf dem Rathausplatz noch mehrere Tausend Arbeiter angeammelt. Es sprach dort nur zwei Symbolisten, die ebenfalls betont, daß jetzt der entscheidende Kampf gegen Faschismus und Verletzung geföhrt werden muß. Nachher der Arbeiter der SPD nochmals über die Kampfpläne der rheinisch-westfälischen Arbeiter gesprochen hatte, wurde die eindrucksvolle Verammlung geschlossen mit einem Hoch auf den internationalen Klassenkampf.

Besetzung von Rheinwinter

Rheinwinter, 25. Februar.

Heute nachmittag gegen 14 Uhr wurde die Stadt von den Franzosen besetzt, und zwar durch Marokkaner. Von Oberstfeld her kamen etwa 40 Mann Kavallerie und 60 Mann Infanterie. Gleichzeitig landete der Demofeur „Mählestein“ mit etwa 100 Mann. Diese besetzten das Rathaus, Zollamt und die Zugänge zum Bahnhof. Der Bürgermeister protestierte gegen die Besetzung des neutralen Ortes. Nach 6½ Uhr sah sich die Kavallerie wieder nach Oberstfeld zurück.

Der zum Direktionsbesitzer Frankfurt a. M. gehörende Bahnhof Limburg-Lahn ist heute früh um 8 Uhr von den Franzosen besetzt worden. Eingriffe in den bisherigen Eisenbahnbetrieb sind bisher nicht erfolgt.

Die Bahnhöfe Wanne und Reddinghausen, die gestern von den Franzosen besetzt worden sind, sind wieder frei. Die Franzosen haben bei ihrem Abzug 14 Lokomotiven, 40 Personenwagen, 46 Packwagen und 169 mit Kohlen und Eisen beladene Güterwagen weggelassen. In Handel wurde von den Franzosen von gestern abend 7 Uhr bis heute früh 7 Uhr der gesamte Eisenbahnbetrieb gesperrt. Eine Begründung für diese Maßnahme liegt nicht vor.

Verhaftung von Deputatkolle

Am Mittwoch wurde in Essen beobachtet, daß französische Kommandos den Verlegten die Deputatkolle beschlagnahmten. Der Kampf wird also jetzt auf die Verhinderung der Verlegten ausgebrochen, indem man ihnen die Zeit ihres eigenen beschlagnahmt. Die Kapitalisten und Imperialisten Deutschlands und Frankreichs marschieren in einer Front. Im vergangenen Jahre wurde den Kampfs von den deutschen Reichsfeinden die Deputatkolle geföhrt. Also Verhaftung. Jetzt beschlagnahmten die Franzosen den Reichsfeind. Diese Verhaftung ist ein Beweis für die Einheitlichkeit, gegen die Du die Einheitsfront der Arbeiter bilden mußt, wenn Du nicht willst, daß Du Dein Volk über die Ohren gezogen wird.

die ganze Zeit. In Kleren. Die Nationalsozialisten haben ihre Arbeit erledigt. Bei ihnen ist keiner vernünftig oder bereit, und im Laufe ihrer Zeit zur Wehrmacht. Die Arbeiter haben eine schwere Niederlage erlitten. Aber die Arbeiter sind nicht fertig, sie sind die Macht der Zukunft. Sie werden lernen, den Weg, den die Arbeiter, und den Kampfmethoden der Nationalsozialisten, ihre eigenen entgegenzusetzen.

Arbeiterschutz in einer großen Stadt Bayerns. Führer ist ein Arbeiter in den mittleren Jahren. Er hat einen Sohn, der gerade gebaut, 120 Mann sind im Selbstschutz. Alles Arbeiter, die wissen, was sie wollen und die Kraft in den Armen haben. Als Hitler eines Tages bei ihnen eine Verammlung abhalten wollte und als sie geladen haben, wie die Arbeiter auf die anwesenden Arbeiter losgegangen haben, wurde beschloffen, die Arbeiterschutz. Wir Arbeiter brauchen einen Selbstschutz. Jeder Distrikt muß seine besten Leute stellen. Sie sind jetzt zu fünf Gruppen zusammengefaßt. Jeder hat Waffen, wie auch die Nationalsozialisten sie anwenden. Grundlag ist bei ihnen: unbändige Einmütigkeit, Gehoramt auf jeden Fall und bei den Kampf Zusammenhalten der fünf Gruppen unter allen Umständen.

Neulich war eine Arbeiterverammlung. Der Arbeiterschutz hat 80 Mann übernommen. 80 Mann sollten im letzteren entgegenkommenden Ende der Stadt. Die übrigen 60 Mann der Distrikte, die in der Nähe des Verammlungsortes lagen, kamen sich im Saal. Punkt 6 Uhr war Treffpunkt. Es sind nur 60 Mann statt der 80, die kommen sollten. Punkt 6 Uhr erfolgt das Kommando: Antreten und in vier Reihen angeordnet, geht es unter dem Gesang der „Internationale“ durch die Stadt. Der Erschütterer kommt. Er hatte bisher gedacht, die Orgelbanden wären allmächtig in Bayern. Aber die Arbeiter freuen sich, wissen sie doch, daß die Nationalsozialisten jetzt wenigstens etwas entgegenzusetzen haben. Und an diesen Wärdern ist der Rufmark der Arbeiterschutzbewegung nicht ganz spurlos vorübergegangen. Sie wissen, daß sie in Arbeiterverammlungen nicht verlorren haben und führen sich zu schwach, um jetzt noch eine eigene Verammlung einzuberufen. Was mit den 20 Mann gelassen ist, die nicht zur Stelle waren? Für wurden aus dem Selbstschutz ausgeschlossen, weil sie ohne irgendwelche Gründe meggelassen waren. Die anderen bekommen einen Brief geschrieben. Denn Entschuldigungen gibt es nicht, wenn die Arbeiterschaft ruft.

Die Arbeiter in Bayern haben es erkannt und auch den Protesten im übrigen Deutschland wird es möglich klarer: im Weltkrieg haben wir Gesundheit und Leben lassen müssen für den schwarzgezeichneten Kaiserlappen. Jetzt gibt es keinen Mann zu haben für die rote Kampfphase des Proletariats.

10 Goldmillionen an die Reparationskommission gezahlt

10 Berlin, 24. Februar.

Die deutsche Regierung hat an die Reparationskommission einen Betrag von 10 Goldmillionen Mark zur Bedung der Kommissionsunterschiede gezahlt. Die Reparationskommission hatte diese Summe aus Berlin angefordert.

Die bürgerlichen Zeitungen erklären diese Maßnahme als „zunächst befriedigend“. Aus dieser Goldübergabe geht hervor, daß die deutsche Regierung von ihrem anfänglichen mit prozentiger Gewinnaufschlag, daß der verfallene Betrag aufgehoben sei und jede Leistung zu unterbleiben habe, abgetreten ist, um die Brüden nicht ganz abzubrechen.

„Die Lohnzahlung trägt der Arbeitgeber“

Die Herren Unternehmer im Ruhrgebiet schwärmen für die „Rein-Ruhehilfe“ eben, wie das die reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführer tun. Sie haben auch ein förmliches Abkommen geschlossen über die Verwendung ihrer famolen „Hilfe“, und in dem Abkommen heißt es:

„Die Lohnzahlung trägt der Arbeitgeber, solange er dazu imstande ist, ohne den wirtschaftlichen Fortschritt seines Betriebes zu gefährden.“

Die Arbeiterhilfe weiß also wenigstens, zu welchem Zweck sie für diesen Korruptionsfonds Gelder gibt, wenn sie bereitwillig auf die nationalsozialistische Schindelmelodie. Sie wird den armen Unternehmern die Lohnzahlungen abnehmen, und damit allen Unternehmern am Rhein und an der Ruhr helfen. Besser wäre es schon, dieser Gesellschaft anders zu helfen: so, daß sie, gleich ob am Rhein, aber an der Ruhr, oder an der Elbe, nicht mehr inlande ist, den Parteien mitzugeben. Deshalb nämlich, weil die Sorgen um diese Weiterführung ihr abgenommen werden.

Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen

Keine Aufhebung des Außenhandelsmonopols — Getreidelieferungen nach Deutschland

Königsberg, 24. Februar.

Der Generalkonsul Pieper von der Berliner sowjetrussischen Handelsdelegation sprach auf der deutschen Botschaft in Königsberg vor Pressevertretern über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen. Er wies darauf hin, daß die Ausfuhr nach England aus Ausland viel geringer ist, und daß zum Teil russische Rohstoffe von Deutschland nach England, ferner aber nach dem Umweg über England angekauft werden.

Für den Außenhandel gründet die Sowjetregierung mit den Exportierten gemischte Gesellschaften für Export und Import, die auf gewissen Gebieten einen Spezialhandel durchführen sollen. An diesen Gesellschaften beteiligt sich die Sowjetregierung mit mindestens 50 Prozent, um so einen Einfluß auf die Führung der Geschäfte zu haben. Das Außenhandelsmonopol, auf dessen Aufhebung verhängende deutsche kapitalistische Kreise waren, wird wieder entsprechende noch für einige Waren erleichtert werden. Nur dadurch ist der Anwerfung, wie er sich in Österreich und in Deutschland vollzieht, zu verhindern und die Sowjetregierung, die die Interessen der wertigsten Massen Kauflands vertritt, hat keine Ursache, diesen Ausverkauf durch die Aufhebung des Außenhandelsmonopols zuzulassen.

Ferner verweist der Generalkonsul Pieper darauf, daß in Russland volle Transportfähigkeit vorhanden ist, daß auch die russischen Lokomotiven bei der Beförderung der 700 deutschen Güterzuglokomotiven samt Tender von Deutschland nach Russland außerordentlich geliefert haben.

In den letzten Tagen ist von der deutschen Reichsregierung ein großer Posten Getreide in Russland angekauft worden. Die Lieferung des Getreides durch die Bauern geht reibungslos vor sich, so daß die Sowjetregierung in der Lage war, die Getreidelieferung nach Deutschland zu bewilligen und durchzuführen.

Ein 20-Markstück — 85 000 Mark. Der Verkauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum Preis von 85 000 Mark für ein Spannamarkstück, 42 500 Mark für ein Reichsmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise bezahlt. Der Verkauf von Reichsmarkmünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres unverändert zum 1500fachen Betrag des Nennwertes.

Kreisartell Vernein kommunizistisch. In den Vorstand des Kreisartells des UGWS in Lempe wurden durch unsern Einfluß in allen ausgefallenen Kartellen nur Kommunisten gewählt.

auf jeden Fall die Bergarbeiter vorbereiten, um morgen den Entschleunigungskampf aufzunehmen.

Diese durch die kommunistische Agitation unter den gemäßigten Elementen unter der französischen Arbeiterklasse herbeigeföhrt plöbliche Metamorphose wird gleichzeitig wirksam unterstützen durch die zweifelhafte Wahl, die letzten unsern Genossen Marty zum laubstößeligen Male in den Pariser Gemeinderat entsendet.

Schon fünfjährig im Laufe der letzten zwei Jahre ist der Held des Schwärzen Meeres vom französischen Volk zu seinem Vertreter erhoben worden.

Aber bis jetzt unvollständig die Kandidatur: Martens, den man in den Kreis gerufen hat, weil er sich weigerte, die russische Revolution zu bekämpfen, und die französischen Soldaten zum Aufstand aufgefordert hat, vor allem den Wärdern der französischen Arbeiter, der Gemeindeführer der Gewerkschaften und den bürgerlichen Organisationen die unabhägigen Opfer der Kriegsergießung zu entreißen. Man hat bisher immer an den Fassischen Element der Pariser appelliert. Am letzten Sonntag aber appellierte man an ihren Kampfeswillen, und das war weit ansprechender.

Diesmal bedeutete der Name Marty nur allen Kampf gegen die Abenteuerlichkeit Pointcarés und gegen die Rubelbeziehung. In allen öffentlichen Volksersammlungen verlegten unser Neben allabendlich Pointcaré als Agenten des Ellenbillichdomines in der Verfassungszustand. Sie heilten die Wählerheit Tag für Tag rüchsiglos vor die Alternative:

Entweder nimmt Ihr für Marty, und das heißt stimmen für die kommunistische Politik der internationalen Arbeitersolidarität und die internationale revolutionäre Aktion, oder aber Ihr stimmt gegen ihn, und das bedeutet die Billigung der imperialistischen Krieges- und Raubpolitik der französischen Regierung!

Nun haben die Pariser Wähler gesprochen. Sie haben für den kommunisten Marty und gegen Pointcaré-Is-Ruhr gestimmt. Es ist leicht, die Verwirrung voranzutreiben, in dieser Wahlkampagne die französischen Zeitungler verließen nicht Marty sich loschen in zwei Faschisten nachgerichtet worden. Es wurde erstmals gerichtet im Stadtrat Charonne, diesem alten Arbeiterort der seit jeder der Revolution treu ergeben war und der Kommune 1871 so viele heldenhafte Streiter gestellt hat.

Aber es wurde weiter zur selben Zeit auch im Stadtratsrat der Seine gewählt, in dem vornehmlich Kleinbürger, Angestellte, Beamte und Intellektuelle wohnen. Besonders dieser zweite Wahlsieger, der in einem nichtproletarischen Bezirk und auf der Grundlage eines völlig revolutionären Programms erschaffen wurde, ist ein trefflicher Beweis für die Fruchtbarkeit der kommunistischen Propaganda. Und diese wird in erster Linie die Feinde der Arbeiterschaft in Bekämpfung und Schrecken versetzen.

Sie findet in der Tat den rüchsigsten Versuch des Burgfriedens paties an, jenes Burgfriedens, ohne den das imperialistische Vordringen, das durch den deutschen Überfall außer Fassung gebracht wurde, finanziell und wirtschaftlich erstöpft ist, in der Welt moralisch und politisch festsetzt und durch die Feindschaft aller einmütigen Verbündeten heimlich unterminiert wird, seine Wärderschaft zu gewinnen vermag.

Dieser Versuch des Burgfriedens wird gewiß nicht sofort die vollständige Niederlage Pointcarés nach sich ziehen, aber immerhin besteht er die Voraussetzung der Unmöglichkeit des triumphalen Sieges und der Unrentierbarkeit des Kompromisses — des Selbstverlebens 50 gegen 50 Prozent — zwischen den Faschisten der französischen und den Rubrikatoren der deutschen Schmerndiktatur.

Trotzdem, unter französischen Genossen haben allen Anlaß und das Recht, zujubeln und hoch zu sein.

Es muort hat eine revolutionäre Partei in Frankreich angefaßt einer Ehenlichen schwierigen Situation mit derselben Intelligenz, Kühnheit und Wirksamkeit so viel Nutzen aus der gegebenen Lage zu ziehen vermocht.

Zum ersten Male seit langer, langer Zeit verdienen die französischen Revolutionäre, gegenüber den Genossen der übrigen Länder wieder als leuchtende Vorbilder hingestellt zu werden.

Suchen wir also freudig die ersten Resultate der fröhlichen Wiederaufrichtung und der rüchsigsten Säuberung, die in weiser Voraussicht die kommunistische Internationale ihrer französischen Section aufgefunden hat. Dann der tätigen Willkür von Pointcaré, der jedenfalls auch „von Moskau befohlen worden ist“, sind diese Erfolge weit früher eingetreten, als wir je zu hoffen gewagt hatten.

Die Zeiger Arbeiter für eine internationale Aktion

Proletarischer Selbstschutz gegen den Faschismus

In einer Verammlung der Zeiger Arbeitergruppe, in der als Referent das Mitglied der UGWS, Genosse Keller, und in der Debatte anschließend Genosse Koenig, am 24. Februar über die Frage der Rubelbeziehung sprachen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die von der UGWS, einbreifende gutbefohlene Volksversammlung begehrt mit größter Sympathie den vom Zweckmäßig der Reichsregierung des Ruhrgebietes herausgegebenen Aufruf für eine internationale Konferenz aller revolutionären Arbeiterorganisationen. Mit revolutionären Parteien und alle Gewerkschaften, denen es ernst ist mit dem Bekämpfungskampf des Proletariats, müssen auf dieser internationalen Konferenz gemeinsame Schritte des Kampfes gegen die kapitalistische Cuno-Regierung und gegen die imperialistische Raubpolitik Pointcarés beschloffen. Die Verammlung lobt den französischen Kommunismus und Gewerkschaften, die trotz Reiter und Zersplittertheit mutig und heldenhaft gegen den Gemeindeführer Pointcaré im Kampfe stehen, die brüderlichen Grüße.“

Da in der Verammlung sich auch Faschisten bemerkbar machten, so wurde der einstimmige Wille der Arbeiter laut, daß auch in Zeig in den Betrieben Hunderttausenden als proletarischer Selbstschutz gegen den Faschismus gebildet werden.

Der „neutrale“ Rheinlaad

Es mehren sich die Angaben, daß Frankreich sichert auf den „neutralen Rheinlaad“ drängt, d. h. die vollständige Annexion Rheinlaad-Weißflans. Das geht hervor aus einer Weisung des Pariser „Times“-Berichterstatters, aus einer Londoner Weisung der „Frankfurter Zeitung“ über ein Anberieten französischer „Interessanten“ an englische auf gemeinsame Bekämpfung des Rubelkrieges, und es liegt in der Logik der Laadung, wenn man sich die französischen Pläne, die links- und rechtsrheinischen Laaden autonom zu gestalten, das Angebot der französischen Union (sozialistischer Verband), sich als zentraler Knotenpunkt im Aufgebote zur Verfügung zu stellen, die Verbindungen der rheinischen Gewerkschaften um Rheinlaad herzustellen, etc. etc.

Diese Gefahr der Abtrennung Rheinlaad-Weißflans wird immer bedrohlicher, und die Haltung der Stinnes u. Co. bietet der Arbeiterschaft keine Garantie, sie hat nie mehr alle Gründe, die Schwäche mit dem großen Mitbräuen zu bescheiden. Die Deutschen wie die französischen Arbeiter werden der verächtlichen Annexion Rheinlaad-Weißflans, in welcher Form auch immer, mit weichen Worten manövrieren auch immer, den härtesten Widerstand entgegenzusetzen, und sie müssen wissen, daß sie sich dabei nur auf sich selber verlassen können. Sie werden sie als imperialistische Annexion, als föhliche Quelle nationalistischer Verwägung und als das wichtigste Glied in der Fortführung Deutschlands aufs energigste bekämpfen.

Der Imperialismus des Vasallen- kaates Belgien

Ein belgischer Genosse schreibt uns:
Im Größenwahnsinn leben gewöhnlich die Erwachsenen. Es gibt auch ausnahmeweise Seelkinder, die davon betroffen sind. Dies ist der Fall bei dem königlichen Vasallenstaat Belgien.
Die imperialistische Wildschamierung hing lange in den „ge-schichtlichen“ Kreisen von Brüssel. Belgien, ein Land von sieben Millionen Einwohnern, dessen eine Hälfte die Sprache der zweiten Hälfte nicht versteht, fing 1900 an, seine deutsche Zivilisation den 70 Millionen Kongolese zu bringen und nahm ihnen dafür frische Kaffosölle und gelunde Gummiwaren ab. Nach 1918 sollte dieses „neutrale“ und „unschuldige“ Staat das holländische Limburg an- netieren. Über England verbot diesen Kauf, weil Limburg ein Kohlengebiet ist. Der „neutrale“ und „unschuldige“ König Albert intrigierte in Luxemburg. Aber die Schmirindulstigen von Frankreich einigten sich mit denen aus Venedig, wehrten sich gegen den Größenwahnsinn des belgischen Monarchen. Endlich fand er in Eupen und Malmeo ein Stückchen entwaffnetes Land, um seine Eroberungstriebe zu stillen. Mit zwei verfallenen oder verlorenen deutschen Festungen, grüdete er eine Kriegsmarine. Jetzt träumt man in Brüssel von Rhein- und Ruhrgebiet.

Um die Kritik des belgischen Staates überhaupt zu verstehen, muß man immer an das Kohlengebiet denken. Wie bekannt, erstreckt sich das westeuropäische Kohlengebiet von Lens-Courrières in Frankreich über Mons-Gize in Belgien und über Heeren in Holland bis Essen in Deutschland. England, um seine eigenen Kohlenmagazinen zu begünstigen, muß dieses Kohlengebiet auf möglichst viele Länder verteilen. England will nicht, daß die wasser- reichen Kohlen von Belgien an Frankreich kommen, noch daß die holländischen Kohlen von Limburg nach Deutschland gehen. Außerdem will England nicht, daß der Hafen Antwerpen die maritime Macht von Holland und Deutschland verleihe. Als daher der französische Diplomat Graf v. Tappelen-Verdier die von Napoleon verlorenen Niederlande durch die Gründung eines könig- reichen Belgien erlosch, war die englische Diplomatie sofort ein- gerückt. Seit 1830 ist Belgien eine französische Kolonie, wie Namur, Madagaskar usw.

Belgien wurde nach polnischem Muster organisiert. Der König ist nicht ein gewisser Albert I., sondern der französische Militär- atade. Er herrscht, weil er die öffentliche Meinung macht und die bürgerliche Presse mit einem Preislohn von 25 Millionen jährlich füttert. Die Festungen in Belgien liegen im Norden oder Osten gegen Deutschland; im Süden oder Westen gegen England oder Frankreich gibt es keine. Die Flamen, germanischer Abstammung, werden in französischer Sprache von ihren Offizieren kommandiert. Wer protestiert, wird bestraft. 1500 Soldaten wurden bestraft, verurteilt oder verbannt, weil sie gegen Deutschland nicht kämpfen wollten. Aber der wasserreiche Industrie von Charleroi Evreux Coppee, der U-Boot-Station an Deutschland gegen Profit verkaufte, wurde durch die belgische Justiz 1920 freigesprochen. Also dieselbe Korruption wie bei den Patrioten der Wablingen Antilin- und Sodafabrik.

Wie wird die kommunistische Idee in Belgien propagiert? Durch das Wochenblatt „Le Drapeau rouge“ von Jacomette und Van Doornick. Die beide kämpfen fruchtlos gegen eine Meute von Hund und Pfaffenstrolcher. Selbst hässliche Blätter sind ein- fach Liebesgaben von französischen Zeitungen. Man muß sehr leicht erkennen, daß die Weltrevolution ihren Ausgangspunkt nicht in Brüssel finden kann. Wenn wir wissen, daß 83 Millionen Fran- zosen 10 Kommunisten in der Parlament schicken, daß 7 Millionen Holländer drei kommunistische Abgeordnete haben, versteht man kaum, daß 7 Millionen Belgier keinen einzigen Kommunisten in ihr Parlament gewählt haben. Aber dafür hat die Justiz der Schmutz- belgiers, der Arbeitervertreter Wandereide, Chef der 2. Internation- ale, erlaubt. Daß die belgischen Soldaten ebenso wie die Sudanneger glauben, daß Deutschland keinen Pfennig Reparation bezahlt hat, ist selbstverständlich. Man erzählt ihnen: „Weshalb kriegt Du? Weshalb ist Nordfrankreich noch nicht aufgegeben? Weil der „Bode“ nicht zahlen will.“ Ein Landsmann von Vanderoede ist leichtgläubig. Daß die ausgelieferten Soldaten und Geber aus- den Händen der deutschen Propaganda in die Zeichen von franzö- sischen Wandernern gegangen sind, wird selbstverständlich nicht publi- ziert. Und deswegen ist der belgische Offizier am Rhein sehr froh, die deutschen Bürger und Arbeiter peitschen zu können. Ein Unter- schied zwischen Klassen macht er nicht. Die Schicht in Wärs hat es bewiesen. In dieser Beziehung ist der französische Soldat mehr verdrüßungsgeifig, weil sein politisches Niveau höher ist. Der Imperialismus in Belgien erinnert an rassistische Kinder mit ge- schwollenem Wasserkopf und blassen O-Seinen. Er ist nicht lächer- lich und erweckt im Genetier Mitleid. Maxim Wenzl u. a.

Ein kommunistischer Stadtratsvorsitzender. Zum Stadt- vorordnetenvorsitzer in Hohenstein-Ernstthal (Sachsen) wurde Ge- nosse Degenerat, als Genosse Weitzer ein Sozialdemokrat, gegen den Protest der härtesten bürgerlichen Partei mit dem Stimmten der Linken gewählt. Unsere Genossen hatten bei der letzten Wahl im Februar zwei Sitze erobert und wurden dadurch zur härtesten profes- sionären Partei in der Gemeinde.

Gewerkschaftsbewegung

Waldarbeiterstreik im Bergischen Land
Im Bezirk Bergisches Land des Waldarbeiterverbandes war ein Zustand infolge Lohnminderungen ausgebrochen. Es erschienen daher im ganzen Bergischen Lande, Elberfeld, Barmen, Solingen, Schwelm usw. keine Zeitungen.
Die vom Regierungspräsidenten Dr. Grüninger eingeleiteten Einigungsverhandlungen wegen des Auslaufes der Waldarbeiter im Bezirk Bergisches Land haben zu einer Einigung geführt. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen. Nur in Schwelm und in Remscheid dauerte der Auslauf noch an. In Düsseldorf broche ebenfalls ein Waldarbeiterstreik aus. Infolge Eingreifens des Regierungspräsidenten haben sich die Waldarbeiter jedoch beif- erklärt, sich noch acht Tage zu gebären. (Grüninger, ein Sozial- demokrat, der die Durchbrechung des Achtstundentages in Westfalen fanthionierte, kann sich nicht alles!)

Die Ortsverwaltung des SPD in Herzburg a. G. mit kommunistischer Mehrheit. In der am 19. Februar in Herzburg a. G. stattgefundenen Wahl zur Ortsverwaltung des Deutschen Metall- arbeiterverbandes wurden 15 Mitglieder gewählt, mit Ausnahme der beiden Gewerkschaftler, von Kommunisten besetzt. In der alten Ortsverwaltung befanden sich außer einem Kommunisten nur SPD-Leute.

Kommunistischer Gewerkschaftler. Die Gewerkschaftsleitung hat vom „Kommunistischen Gewerkschaftler“ eine Anzahl gebundener Exemplare des Jahrgangs 1922 herstellen lassen. Alle bisherigen Bestimmungen kommen noch diese Woche zur Erledigung. Um allen Genossen die Möglichkeit zu geben, sich dieses für ihre Arbeit un- entbehrliche Nachschlagewerk und diese Fülle von Material anzu- schaffen, ist der Preis für die Exemplareausgabe auf 2000 M. herabgesetzt. Im Buchhandel beträgt der Bezugspreis 10 000 M. Bestellungen sind zu richten an die Gewerkschafts- abteilung der SPD, Berlin C 54, Rosenhofer Straße 38.

10 Prozent Lohnabzug für die Unternehmertische

Täglich mehren sich die Besenle, daß die Regierung und die Industriellen die Löhne und Gehaltsempfänger auf das ungeschwe- terliche belassen und ausbeuten, um selbst noch Kosten verschont zu bleiben. Dimal haben wir schon auf den unerhöhten Betrag des Lohnsteuerabzuges hingewiesen. Ein Vierteljahr lang spezifi- zieren die Unternehmer mit den Arbeitergruppen und führen dann erst die Löhne und Gehaltssteuern in stark entwerteter Gelde an. Jetzt aber soll die Manipulation noch größere Vorteile verschaffen. Der sozialdemokratische „Reinischen Zeitung“ liegt ein Original eines Kundenscheins des Reichsverbandes der Industrie vor, das mit nachstehend vollständig abdrucken:
„Abteilung Nr. 24. Krefeld, den 5. Februar 1923.
Sch. R. 1.

Mitteilungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie.
Betrifft Einkommensteuer vom Arbeitslohn.
Auf Grund unserer Vermittlungen hat das Reichsfinanzministe- rium die Durchführungsbefugnisse zum Gesetz über das Ar- beitslohn einseitig teilweise Aufhebung unterzogen. Wir weisen darauf hin, daß der Erlass vom 22. März 1922 (S. 3039), der den Arbeitgebern die Vergütung für die vierteljährlichen Arbeitsleistungen mit der Verpflichtung zur Vergütung der verpächter zum Marktaufschlag verwendeten Beträge ausrichtete, mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab aufgehoben werden ist. In Stelle dessen werden die Finanzämter ermächtigt, größeren genügende Sicherheit bietenden Arbeitgebern, die eine überhöht- liche Lohnzahlung haben, statt der vierteljährlichen die jähr- liche Vergütung und Einkommensteuer der Arbeitgeber, Nachweisungen und Zusammenstellungen zu gestatten. Wenn auch die Grenze von 1000 Arbeitnehmern vorgegeben ist, von welcher ab die jährliche Abrechnung zugelassen werden kann, so können doch die Finanzämter von sich aus diese Vergütung auch kleineren Betrieben schenken. Um die Arbeitgeber künftig von den abzuheben zu befreien, hat der Reichsverband die Ver- fassung der Steuerarten und des großen Riffes, mit dem das Marktenbelte verknüpft ist, wirksam zu entfalten, empfehlen wir, die den Handelskammern und Verbänden angeschlossenen Arbeit- geber mit größeren Betrieben in ihren Bezirken umgehend auf diese Vergütung hinzuweisen.

Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen haben wir eine Eingabe an den Reichsminister, den Reichsminister für Finanzen und den Reichsminister für Arbeit, die den Reichsverband über- nommen haben, eine Entschädigung durch die Reichssteuer gewährt wird.“
Dazu schreibt das obgenannte VSD-Mit- „Das heißt in gutes, unmissverständliches Deutsch übertragen, den Arbeitgebern überläßt man auf ein Jahr die von den Ar- beitern und Angestellten geleisteten Steuerbeiträge unversint und ohne Gewinnaufschlag als Reichsbeitrag. Wir fragen das Finanzministerium, wie sich eine derartige Maßregel verhält mit der Geldnachfrage des Reichs, Staats- und Gemeindefinan- zen und mit den Steuererleichterungen, die Tag für Tag gegen- über den Löhnen und Gehaltsempfängern begangen werden, und die Unternehmer seien gefragt, wie sie ihr Vorhaben in Einklang bringen wollen mit den künftigen Preisen von der Einkom- mensteuer, die der Reichsverband für die Sicherung der Ent- schädigung für den Unternehmer, der kein Amt als Treuhänder des Reichs rüdig auftritt, Vaterlandsliebe gegen künftigen Lohn. Das ist billig wie Bomben.“

Das stimmt vollkommen! Aber was folgt daraus? Daß man jetzt im Interesse der „nationalen Einheit“ den Burgfrieden mit diesen Unternehmern abschließt? Daß man der Regierung, die den Unternehmern diese Gewinne zugestanden hat, das Ver- trauen ausspricht? Daß man sich grundsätzlich für den 10prozent- igen Lohnabzug einsetzt, so wie VSDG und VSD-Führer ge- handelt haben?
Genoss! nicht.
Daraus kann einzig und allein der Schluß gezogen werden, so wie schon die Arbeiter im Westen es begonnen haben, die Ab- hebung des Lohnabzuges sich zu erlauben. Nehmt sofort hierzu in den Betrieben Stellung!

Die Gewinne des Stinneskonzerns

Wir haben gestern die Abschlüsse der drei Montan-Gesellschaften des Stinneskonzerns mitgeteilt. Heute werden auch die Abschlüsse von Siemens & Halske A.G. und der Siemens-Schuckertwerke in Berlin bekannt. Die Siemens & Halske A.G. hat im Abgang von 34,4 Millionen auf 21,8 Millionen gelitten. Der Reingewinn hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht. Er liegt bei 37 auf 172,2 Millionen. Während im Vorjahr auf 26 Millionen Mark Dividenden berechtigt waren, so sind es dieses Jahr 130 Millionen. Trotzdem erhöht sich die Dividende von 20 auf 80 Prozent. Siemens-Schuckert weist einen Rohgewinn von 28 gegen 0,1 Mil- lionen auf und einen Reingewinn von 100 gegen 10 Millionen. Die Dividende liegt von 16 auf 80 Prozent, trotzdem das Aktien- kapital von 14 auf 92 Millionen Mark gestiegen ist.
Es braucht nicht hervorhoben zu werden, daß in den Ausweisen und Bilanzen der verschiedenen Gesellschaften die tatsächlichen Ge- winne nicht zum Vorschein kommen. Aber die Dividenden nicht

Vom Tage

Große Schiebungen. Große Durchstellungen wurden auf dem Hauptbahnhof in Berliner Stadt-Mit-Maakt erbeutet. Zwei Journalisten war es durch Befreiung von Hilfsangehörten des Zoll- nachhofs und von Angestellten von Expedienten gelungen, mit Hilfe von Auszubildungslehrlingen, die ihnen von ungetreuen Nachhofangehörten verschafft waren, Güter aller Art ins Ausland zu expedieren. Dem Staat sollen Millionen an Schäden entstanden sein. Eisher sind etwa vierzehn Personen verhaftet.
Panik im Kino. In einem Kinoteater nahe dem Südfriedhof trug gestern während einer Vorführung für Jugendliche im Vorführsaal Feuer aus. Der Zuschauerraum verqualmte in kurzer Zeit und eine Panik bemächtigte sich der anwesenden Kinder, von denen etwa zwanzig verletzt wurden, darunter vier schwer verletzt. Das Feuer löschte wurde mit Eile gelöscht.
Seltsiges Erdbeben gemeldet. Auf der Hamburger Hauptkation für Erdbebenforschung wurde ein sehr heftiges Erdbeben aus, etwa 8000 Kilometer Entfernung festgestellt. Die Aufzeichnungen dauerten fünf drei Stunden.

Aus der Provinz

Konferenz der SPD des Kreises Delitzsch
Die Kreisleitung hatte für Sonntag, den 25. Februar, die Orts- gruppen zu einer Konferenz zusammenberufen. Genosse Schmidt (Delitzsch) sprach über die politische Lage und erstattete Bericht vom Kreisparteitag. Die Genossen Kiesel, Flach, Frick und Hartmann unterstützten oder ergänzten die Ausführungen. In den tatsächlichen Fragen, vor allem in der Stellungnahme des

zur im Stinneskonzern, sondern auch in anderen Gesellschaften zeugen von den großen Gewinnen. Von 113 Aktienbrauereien, die bisher ihre Geschäftsberichte für 1922 abgaben, haben 2 Brauereien 100 Prozent Dividende, 10 Brauereien 50 bis 75 Prozent, 9 Braue- reien 40 bis 50 Prozent, 22 Brauereien 30 bis 39 Prozent verteilt. Die Durchschnittsdividende betrug 27,7 gegen 15 Prozent im Vor- jahr.
Die Chemische Fabrik Eidelstedt vorm. Osadomski zahlte 106 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahr. Die Warentransportanstalt Hamburg weist einen Gewinn von 10 Millionen gegen 1 Million im Vorjahr auf.

Die Profite der Brauer

In den letzten Wochen haben zahlreiche Brauereigesellschaften ihre Abschlüsse für das Jahr 1922 veröffentlicht. Die Bilanz zeigt, wie schlecht es den armen Brauern geht! Die meisten haben ganz gewaltige Abschreibungen vorgenommen und den Reingewinn gegenüber dem Vorjahr noch vermindert. Nur verhältnismäßig wenige Aktiengemeinschaften verteilen unter 30 Prozent Dividende; viele haben die Dividende bis auf 50 und mehr Prozent erhöht. Einige Beläge:
Görlicher Akt.-Brauerei 30 Prozent
Brauhaus Nürnberg 30 Prozent
Engelhardt-Brauerei 30 Prozent
Kaiser-Brauerei A.G. Düsseldorf 40 Prozent
Kaiser-Brauerei Akt.-Brauerei Schönmühl 50 Prozent
Salzgitter-Schwarzenberg-Brauerei Schönmühl 50 Prozent
Kaiser-Brauerei Riebeck & Co. 50 Prozent
Schultheiß-Poppenberg-Brauerei A.G. 58 Prozent

Die Fortsetzung wertvollen Getreides und die Zerrüttung des Volkswohls durch Alkoholproduktion ist im neuen Deutschland immer noch ein recht ernstliches Problem. Nur verhältnismäßig wenig die Brauer die Minderheitsbewegung, so bestig bekämpften und von einer Umstellung ihrer Betriebe nichts wissen wollen. Wenn ihnen ein zu ausgeprägtes Hunger- und Zuerungswill- niß 1922 solche Reizeprophezie eingebracht hat, so darum, weil die Wahlen bei ihrer jetzigen geistigen Einstellung kein anderes Zer- streuungs- und Betäubungsmittel anwenden als den Alkohol!

Der Edelmut der Kapitalisten

Obgleich die Unternehmer heute wahrnehmbare Gewinne ein- heimlich, fahren sie fort, ihre Ausbeutung zu steigern, den letzten Tropfen aus dem Mark des Arbeiters herauszusaugen. Im No- vember d. J. haben die Arbeiter in dem Reich 72 Prozent der Einkommensteuer und im Dezember 88 Prozent der gesamten Einkommensteuer auf. Die Unternehmer aber zahlen die Steuer in der entwerteten Mark nach Monaten und Jahren. Aber auch diese beispiellose Ausbeutung der Ar- beiter teilweise die Kapitalisten durch neue Ausbeutungsmethoden in den Fabriken dazu werden, noch neue, noch härtere Kräfte aus- Tag, täglich geerntet werden können.
Ein sehr lehrreiches, ergänzendes Beispiel liefern die Chemiker Arbeitgeber-Verbände. Bereits am 30. März vorigen Jahres be- schloß die Chemiker Stabsdirektorenversammlung, die eine kommunalpolitisch-sozialdemokratische Mehrheit hat, gegen die Stimmen der Sozialisten eine losgerissene „Schlichtungs-“ von den Un- ternehmern zu erheben. Jeder Arbeitgeber ist danach verpflichtet, 1 Prozent der Summe, die er an Löhnen und Gehältern zu zahlen hat, an die Stadt abzuführen. Aus diesen so genannten Ein- wendungen sollen die Ausgaben der sozialen Fürsorge bestritten werden. Wer nun glaubte, daß die Unternehmer den Beschlüssen der Stadt- vorordnetenversammlung Nachdruck tragen, wurde gründlich ent- täuscht. Die „Allgemeine Zeitung“, das Chemiker Stinnesblatt, bringt in Nr. 42 vom 20. Februar d. J. einen Bericht über die Voll- versammlung des Hauptauschusses Chemiker Arbeitgeberverbände, aus dem v. a. ersichtlich ist, daß die Unternehmer gegen diesen Beschluß beim höchsten Oberverwaltungsgericht Beschwerde ein- gereicht haben. Die Unternehmer wünschen um so mehr herbeigeh- schickung zu haben, als bereits der Reichsrat einen Beschluß dahingehend gefaßt hat, daß die soziale Abgabe nach § 6 Abs. 2 des Landes-Steuergesetzes geeignet ist, die Reicheinnahme zu lämtern. Prohndel schreibt das Stinnesblatt: „Es ist mit Sicherheit an- zunehmen, daß die soziale Abgabe durch den mit Energie geführten Kampf als abgelehnt wird.“

Die Oberverwaltungsbehörde sieht an jedem Lohnstage den Lohnarbeitern und Angestellten 10 Prozent vom Lohne ab, die Unternehmer aber kämpfen mit Mühen und Jähren gegen den Abzug von nur 1 Prozent. Diese Zahlen sprechen so deutlich, daß der Kampf der Arbeiterklasse unermüdet eingeleitet muß. Dieser Kampf ist nicht in den Parlamenten ausgetragen werden, er muß sich führen auf die außerparlamentarischen Positionen, auf die Betriebsräte und Gewerkschaften.

Wucher-Zucht

In Berlin stand ein bekannter Konditor, der die Lebensmittel in allen Kreisen und Zonen verlor, wegen Schleichhandels mit Mehl, Fett, Zucker usw. unter Verhaftung. Er wurde wegen Gefährdung, die aber in eine Gefährdung von lumpigen 7500 M. umgewandelt wurde, die der reiche Konditor im Hundsbüchsen an ein paar Tausend Kaffe mit Kuchen erbeutet. Ein anderer Konditor hand gleichfalls in Berlin unter Verhaftung wegen verbotener Abgabe von Schokolade, an der die Richter nicht anknüpfen konnten, während die Konditor in Berlin unter Verhaftung für den Verkauf von Schokolade nötige Milch erhalten können. Auch er kam durch Vermögensverlust mit einer Geldstrafe davon. So arbeiten die Wucherer „gegen“ den Wucher.

Parteitages zur Arbeiter-Regierung wurde der Standpunkt der Mehrheit des Parteitag eingegangen. Genosse Hartmann be- deutete, daß der Parteitag nicht die notwendige Zeit hatte, um die kommunalpolitische Frage ausführlicher zu behandeln. Im Schluß- wort ging der Gen. Schmidt nochmals auf die Frage der Arbeiter- Regierung ein. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:
Die Delegierten der Konferenz des Kreises Delitzsch der SPD. haben den Bericht vom Kreisparteitag entgegengenommen. Sie sind mit dem Beschlüssen einverstanden und sind gewillt, mit allen Kräfte, die ihnen zur Verfügung stehen, die Forderung der „Arbeiter-Regierung“ durchzusetzen. Zur Frage der „Arbeiter-Regierung“ sind sie ebenfalls einverstanden. Die Beschlüsse des Parteitag sind zu bekräftigen und werden zu bekräftigen, daß die Parole Arbeiter-Regierung zu einem freeren Schlagwort wird. Die Konferenz ist dafür, daß das Proletariat möglichst bald die Klassenpartei gegründet wird, und zwar sobald dies für Deutsch- land notwendig erscheint.

Zum zweiten Male gab der Genosse Treisch den Bericht der Parteitag. Er betonte, daß sich auf vertriebenen Gebieten manches gehandelt habe; er wünscht, daß in Zukunft die Beant- wortung von Anfragen, vor allem über finanzielle Unterlagen, besser und schneller erledigt werden. Betrieben sind auf der Konferenz alle Ortsgruppen und kann dies als ein gutes Zeichen für unsere Zu- kunft angesehen werden. Genosse Kiesel, Genossin Kuntze und Genossin Schmidt, die die Beschlüsse des Parteitag in der Distrikts der Beitrags, Presse- und Literaturfrage, stellen Fortschritte in der Gewerkschaftsbewegung fest, geben neue An- regungen, um auf gewerkschaftlichem und kommunalpolitischem Gebiet noch besser arbeiten zu können. Von der Parteitag wird für die nächste Zeit eine Zusammenkunft der Gewerkschaften in der Provinz verlangt. Eingeleitet wurde, die internationalen Frauenwochen und die Feste zum 18. März auf vorzubereiten.

Zum dritten Punkt wurde die bisherige Kreisleitung wieder- gewählt. Nach einer kurzen Schlussbemerkung des Genossen Treisch fand die ausgedehnte Konferenz ein Ende. Für den Kampf- tag der Partei wurden 6810 M. gesammelt.

